

SH Schleswig-Holstein

NW Nordrhein-Westfalen

Rehacare zum Dialog genutzt

Auf der diesjährigen internationalen Fachmesse für Rehabilitation, Pflege, Prävention und Inklusion, der Rehacare in Düsseldorf, war auch der SoVD-Landesverband Nordrhein-Westfalen wieder vor Ort. Er nutzte die Chance, aktuelle behindertenpolitische Probleme auch mit bundespolitischer Politikprominenz zu diskutieren und Kritik und Forderungen des SoVD vorzutragen.

Insbesondere packte der Leiter der Abteilung Sozialpolitik im SoVD-Landesverband NRW, Dr. Michael Spörke, in einem Gespräch mit der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister für Arbeit und Soziales, Kerstin Griese, die Gelegenheit beim Schopf: Er wies noch einmal auf die Befürchtungen hin, dass es bei der geplanten Überarbeitung der Versorgungsmedizinverordnung zu Verschlechterungen beim Verfahren zur Bemessung des Grades der Behinderung kommen könne.

Griese und Dr. Spörke diskutierten hierzu die Inhalte eines Alternativgesetzentwurfes von SoVD und VdK, den die Staatssekretärin positiv würdigte. Man stimmte überein, dass es keine Verschlechterungen für die Betroffenen geben dürfe. Die Staatssekretärin machte deutlich, dass sie die Kritik des SoVD ernstnehme und dass es wohl keine Überarbeitung der



Fotos: Matthias Veit

Dr. Michael Spörke im Dialog mit Kerstin Griese, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Arbeit und Soziales.

Versorgungsmedizinverordnung gegen den Widerstand der Behindertenverbände gegeben werde.

Neben dem Austausch mit der Politik ging es auf der Rehacare auch darum, für den SoVD und seine Dienstleistungen zu werben. Hunderte Menschen

nahmen sich Infomaterial und Broschüren des Bundesverbandes mit, vor allem rund um die Themen Behinderung und Pflegebedürftigkeit. Die Taschen mit der Aufschrift „Ich bin nicht behindert, ich WERDE behindert“ fanden reißenden Absatz und waren als Werbemittel für den SoVD überall auf der Messe zu sehen.

Auch die kostenlose Sozialrechtsberatung des Landesverbandes vor Ort wurde an allen vier Tagen intensiv genutzt. „Gut, dass es euch gibt!“, sagte eine Besucherin mit fröhlichem Gesichtsausdruck. „Dank euch habe ich damals die Erwerbsminderungsrente bekommen!“

Es gab viele positive Rückmeldungen dieser Art – ein gutes Gefühl und zusätzlicher Antrieb, sich weiterhin mit voller Kraft für benachteiligte, behinderte, kranke und pflegebedürftige Menschen einzusetzen.

mspö/mv



Wenige Tage vor der Abstimmung im Landtag hatten Alfred Bornhalm und Sven Picker vom SoVD-Landesvorstand sowie Jochen Kiersch und Ann Sophie Mainitz vom Mieterbund auf einer Pressekonferenz nochmals an die Abgeordneten appelliert, der Volksinitiative zuzustimmen – leider ohne Erfolg.

Volksinitiative abgelehnt – große Chance verspielt

Die Regierungsfractionen in Schleswig-Holstein entschieden endgültig, die Volksinitiative für bezahlbaren Wohnraum abzulehnen, an der auch der SoVD-Landesverband Schleswig-Holstein maßgeblich beteiligt war. Das sorgt für großen Ärger und völliges Unverständnis bei den Initiatoren der Volksinitiative.

Am Rande der Landtagssitzung bedankte sich Alfred Bornhalm vom SoVD-Landesvorstand bei den Fraktionen, die die Volksinitiative unterstützt haben, und kritisierte die Jamaika-Koalitionäre scharf: „Altersarmut und das Fehlen bezahlbaren Wohnraums werden in den kommenden Jahren dramatische Folgen für unsere Gesellschaft haben. Statt ein Signal zu setzen und bezahlbares Wohnen als Staatsziel in der Landesverfassung zu verankern, haben sich die Regierungsfractionen mit fadenscheinigen Argumenten ihrer Verantwortung entzogen. Mit Wegducken wurde noch nie ein Problem gelöst. Hier wurde eine große Chance leichtfertig verspielt und der Demokratie einen Bärendienst erwiesen.“

Auch Jochen Kiersch, Vorsitzender des Mieterbundes, sparte nicht mit Kritik: „Es ist kaum zu begreifen, was heute hier geschehen ist. Die Jamaika-Koalition zeigt den Mieterinnen und Mietern in unserem Land die kalte Schulter. Keine Mietpreisbremse, keine Kappungsgrenzenverordnung, kein Ausbau des sozialen Wohnungsbaus und jetzt auch kein Recht auf eine angemessene Wohnung in der Landesverfassung. Diese Ignoranz gegenüber den sozialen Nöten der Menschen ist erschütternd.“

SoVD und Mieterbund werden die enttäuschende Entscheidung jetzt in ihren Gremien beraten und entscheiden, wie es weitergehen soll. Eines ist jetzt schon sicher: Auch wenn die Regierungsfractionen sich das wünschen sollten – das Thema „bezahlbares Wohnen“ wird nicht in der politischen Versenkung verschwinden.



Großer Andrang: Am Messestand des SoVD-Landesverbandes NRW gab es Informationen in lockerer Atmosphäre.

Bequem und schnell Neuigkeiten des SoVD erhalten

Mehr als 13.000 Menschen haben die SoVD-Magazin-App auf ihren Geräten installiert. Mit dem kürzlich herausgegebenen Update ist die Benutzung übersichtlicher und leserfreundlicher geworden.

In der App erscheint jeden Monat ein Online-Magazin, das Inhalte aus der SoVD-Zeitung in anderer Aufmachung und mit zusätzlichen Inhalten enthält.

Außerdem veröffentlicht die Redaktion in der App einzelne Artikel zu den Themen des Verbandes. Auch während der Bundesverbandstagung vom 7. bis zum 11. November werden in der Anwendung Texte erscheinen, die das Geschehen vom Tag zusammenfassen.

Die Anwendung gibt es zum kostenlosen Download im App Store und bei Google Play.



Beim Start der App ist der Wechsel zwischen Artikeln und Magazinen bequemer. Außerdem wurde die Anzeige der Artikel verbessert.

